

Die „Freiheit“ erscheint wochentlich, Donnerstags und Montags aus...

Die achtzehnjährige Waisenwaise über deren Namen steht S. — M. einschließlich...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Blutvergießen in Flensburg

Sieben Tote, 22 Verwundete

Der in Flensburg auf der Flucht erschossene Kommunist Paul Hoffmann...

An der Beerdigung des von der Polizei auf der Flucht erschossenen Kommunistenführers Hoffmann nahmen viele Tausende von Arbeitern...

dem der blutige Vorgang ähnlich geschildert wird. Wir sind im Augenblick nicht in der Lage, die Vorgänge selbständig zu prüfen...

Dieser Tatbestand hat die gesamte Arbeiterschaft empört, sie legte zum Zeichen des Protestes bei der Beerdigung einmütig die Arbeit nieder...

Agrarpolitik und Landarbeiter

Von Richard Krielle.

II.

Das in Leipzig angenommene Aktionsprogramm der U. S. P. D. sagt im Passus 3:

„Großgrundbesitz und große Forste sind sofort in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe sind durch Vereinfachung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel...

Diese Stellungnahme unserer Partei zur Agrarfrage hat heute mehr als eine rein akademische Bedeutung. Aus ihr ergibt sich, daß wir uns in erster Linie von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten lassen...

Alle bisherigen Maßnahmen der Regierungen, der letzten wie der vorher amtierenden, haben das Ernährungsproblem nicht zu lösen vermocht. Warum? Weil dieses Problem im kapitalistischen Staat nicht gelöst werden kann...

Gleichfalls ist eine Frage der Zweckmäßigkeit, mit welchen Gütern wir bei der Sozialisierung beginnen. Genosse Marchionini vertritt in seiner Broschüre: „Ein Plan zur Sozialisierung der Landwirtschaft“...

Die Bewirtschaftung und Bewirtschaftung der sozialisierten landwirtschaftlichen Betriebe wird den bisherigen Gutswirtschaftlern mit den Güterbeamten und dem übrigen Hauspersonal übertragen...

Eine Aufteilung des Großgrundbesitzes erstreben wir nicht, und zwar aus verschiedenen Gründen. Grundsätzlich nicht, weil wir als Sozialisten kein neues Privateigentum schaffen wollen...

Die mittel- und großbäuerlichen Betriebe bleiben Eigentum ihrer bisherigen Besitzer solange, bis sich ökonomische Notwendigkeiten für die Ver gesellschaftlichung ergeben...

Wirtschaftlich müssen wir das ländliche Genossenschaftswesen ausbauen und ihm im Bedarfsfälle Kredite gewähren; wir müssen es ferner durch den Bau von Kraftstationen, durch die Errichtung von Musterbetrieben...

Politisch würden folgende Aufgaben zu lösen sein: Bildung von Bauernräten aus den Reihen der Kleinbauern. Diese bilden mit den Gutswirtschaftlern den Gemeinderat und übernehmen die bisherigen Funktionen der Gemeindevorsteher, Gutswirtschaftlichen und Amtsvorsteher. Aus

Die Eisenbahnerbewegung

Das Ergebnis der Verhandlungen

Berlin, 5. Januar.

Am 5. Januar wurde zwischen dem Sechzehnerausschuß der Eisenbahner und Vertretern des Reichsverkehrsministeriums über die Forderungen der Eisenbahnbeamten und Arbeiter verhandelt. Es kam eine Einigung auf folgenden Grundlag zu: Für die Beamten soll mit Wirkung vom 1. Januar d. J. an der Feuerzuzuschlag zum Grundgehalt und Ortszuschlag von 58 Prozent auf 70 Prozent in Ortsklasse A, auf 65 Prozent in Ortsklasse B, auf 60 Prozent in Ortsklasse C und auf je 55 Prozent in den Ortsklassen D und E erhöht werden...

Der letzte Satz der Meldung läßt erkennen, daß dieses Verhandlungsergebnis nicht endgültig ist. Abermals wird Gebüh verlangt von den Eisenbahnern. Dennoch werden sie der Parole ihrer selbstgewählten Führung harren und ihre geschlossene Haltung wahren müssen.

Das Ergebnis der von der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner veranstalteten Abstimmung liegt nun nahezu vollständig vor. Zurzeit stehen noch drei Bezirke mit rund 50 000 Stimmen aus, die jedoch an dem Endresultat kaum etwas ändern werden. Bis Dienstagabend waren 143 000 abgegebene Stimmen gezählt worden, von denen rund 124 500 für den Streik gestimmt haben.

Regierungskrise in Braunschweig?

Braunschweig, 5. Januar.

Bei Beratung der Vorlage über die Vermehrung der Schutzpolizei im Landtag stellte heute das Ministerium derer die Vertrauensfrage wegen eines Antrages des Abgeordneten Dr. Kollhoff vom Landeswahlverband, wonach bei Einstellung von Polizeibeamten ein viergliedriger Landtagsausschuß mitwirken und darüber wachen soll, daß die Beamten nicht

einseitig aus einer Partei (U. S. P.) genommen werden. Minister Dertter erklärte, daß die Regierung in diesem Antrag ein Mißtrauensvotum erblicken müsse. Sollte der Antrag angenommen werden, so sei es genügt, die Vertrauensfrage zu stellen. Auf Antrag der Unabhängigen Fraktion wurde darauf die Abstimmung über den Antrag auf Donnerstag vormittag 10 Uhr verlegt.

Böhner und seine Spigel

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

München, 5. Januar.

Der Münchener Stadtrat sollte heute den Zuschuß zu den Kosten der Polizeidirektion München bewilligen. Da aber zu vermuten ist, daß der Polizeipräsident Böhner erhebliche Mittel für Spigeldienste verwendet, beschloß der Stadtrat einstimmig, die Bewilligung der Mittel so lange auszusetzen, bis ein genaues Nachweis über die Verwendung der Gelder vorgelegt wird.

Die oberschlesische Abstimmung

Eine neue deutsche Note

Die deutsche Friedensdelegation hat der Botschafterkonferenz in Paris eine Note übermittelt, in der gegen die getrennte Abstimmung in Oberschlesien protestiert wird. Die Abstimmung müsse frei, geheim und unbeeinflusst vor sich gehen. Das sei bei getrennter Abstimmung nicht möglich, da selbst die sorgfältigsten Vorkehrungen nicht verhindern könnten, daß zwischen der ersten und zweiten Abstimmung die Teilergebnisse der ersten Abstimmung bekannt würden, wodurch die zweite Abstimmung wesentlich beeinflusst werden könnte.

Beförderung eines Reaktionsären. Der demokratische Landtagsabgeordnete Ruer, bisher Stadtrat in Kiel, ist als Ministerialrat in das Reichamt des Innern berufen worden. Ruer ist einer der schlimmsten Reaktionsäre, bekannt durch seine wütende Gegnerschaft gegen jeden Arbeiterkampf.

Die Nachricht, daß General Wrangel sich zurzeit in Deutschland befindet, ist, nach einer amtlichen Mitteilung, unzutreffend. Es handelt sich um den Legationssekretär Wrangel, der auf der Reise von Schweden nach der Schweiz sich in Deutschland aufhält.



diesen werden nach den Landkreisen Kreisräte gebildet, denen auch alle Funktionen des bisherigen Kreisratshaus und Landrates zufallen. So wird und muß sich unter der Mitarbeit aller ländlichen proletarischen Schichten der Aufbau auf der Grundlage des Ratesystems vollziehen. Dann erst fällt jenen der Einfluß zu, auf den sie als wertvollster Bestandteil im agrarischen Produktionsprozeß Anspruch haben; dann erst kommen auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiete auch in der Verwaltung von Dorf und Kreis ihr Wille, ihre Wünsche voll zur Geltung.

In großen Umrisen ist vorstehendes eine Erläuterung unserer Stellungnahme zum Agrarproblem. So wollen wir den Landarbeitern und Kleinbauern zeigen, daß unsere Kritik an den bestehenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen auch eine positive ist, daß aber alle bürgerlich-demokratischen Freiheiten ihnen eine Erfüllung ihrer sozialen Wünsche und Forderungen nicht bringen können. — Wir müssen all die Hunderttausende von Landarbeitern, Scharwerkern und Hofgängern aufrufen zum Kampf um die Eroberung der politischen Macht, für die wir sie zu mobilisieren und zu schulen haben. Dazu bietet uns der bevorstehende Wahlkampf eine willkommene Gelegenheit, bei der wir trotz der veränderten politischen Situation der Worte gedenken können, die Friedrich Engels vor drei Jahrzehnten in seiner Einleitung zum „Deutschen Bauernkrieg“ der Rolle der Landarbeiter widmete:

„Die Landtagswähler, das ist die Klasse, die jetzt die große Menge der Feudalherren und Junker kraft des allgemeinen Stimmrechtes ins Parlament schickt, das ist auch die Klasse, die den industriellen Arbeitern der Städte am nächsten steht, die mit ihnen dieselben Lebensbedingungen teilt, die sogar noch tiefer im Elend steht. Diese Klasse lebendig zu machen und in die Bewegung hineinzu ziehen, das ist die nächste dringende Aufgabe der deutschen Arbeiterbewegung. Von dem Tage an, wo die Masse der Landtagswähler ihre eigenen Interessen verstehen gelernt hat, von dem Tage an ist eine reaktionäre, feudale, bürokratische oder bürgerliche Regierung in Deutschland unmöglich.“

## Koalitions-Sehnsucht

Rechtssozialisten und Wahlkampf

Der preußische Ministerpräsident, Otto Braun, hielt Dienstag in Königsberg eine Landtagswahlrede, die über die nächsten Ziele der rechtssozialistischen Politik einige Klarheit schafft. Braun fand ziemlich scharfe Worte gegen den reaktionären Kurs der inneren und äußeren Politik der Reichsregierung. Als Beispiel nannte er vor allem das Verhalten zur Orgesch. Nur muß man Braun sagen, daß, wenn er heute gezwungen ist, gegen die Orgesch und die Einwohnerwehren aufzutreten, diese ganzen reaktionären Gefahren erst herausbeschworen worden sind durch die Politik, die seine Parteifreunde, Koske im Reich und Heine in Preußen, getrieben haben. Die Ruten, mit denen heute die Arbeiterklasse geächtigt wird, sind von den Rechtssozialisten gebunden worden.

Braun will also gegen diese Gefahren ankämpfen, er will der Bedrohung der Demokratie und der Republik durch die reaktionären Parteien ein Ende machen. Er will das aber nicht tun, indem die ganze Arbeiterklasse zu einer machtvollen und auf die Dauer unüberwindlichen, grundsätzlichen Opposition gegen die bürgerliche Koalition zusammengefaßt wird, sondern er bezeichnet als das nächste Ziel des Wahlkampfes die Erlangung einer starken Mehrheit für die bisherigen Koalitionsparteien in Preußen und damit eine Stärkung der preußischen Koalitionsregierung. Dann würde es auch im Reich möglich sein, im Gegensatz zur jetzigen Regierung zum Koalitionssystem zurückzukehren.

Herr Braun spricht damit klar aus, daß die Rechtssozialisten die Stärkung, die sie von den Wahlen erhoffen, dazu benutzen wollen, bei guter Gelegenheit auch im Reich Neuwahlen herbeizuführen, die ihnen den Wiedereintritt in die Regierung ermöglichen würden.

Es ist nur natürlich, daß die Rechtssozialisten ihre ganze übrige Politik diesem sie noch immer beherrschenden Koalitionsgedanken unterordnen. Dies gilt namentlich in der Kernfrage, die jetzt im Mittelpunkt der Arbeiterpolitik stehen muß, der Frage der Verwirklichung des Sozialismus.

Es ist charakteristisch, daß in der sehr ausführlichen Rede über die Sozialisierung fast nichts gesagt wird. Das Wort selbst ist ängstlich vermieden. Braun konstatierte nur, daß infolge der Steuerfurcht der Besitzenden der Bedarf des Staates durch Steuern nicht gedeckt werden könnte. Man werde deshalb dazu übergehen müssen, den „Staat direkt an den Erträgen der Wirtschaft partizipieren zu lassen. Soll das zu einem befriedigenden Ergebnis führen, muß erst unsere Wirtschaft gesunden. Denn die starke Arbeitslosigkeit, angesichts des großen Bedarfs an allem Notwendigen ist ein Beweis, daß unsere Wirtschaft krank ist.“ Das ist alles, und was das bedeutet, sagt das „Berliner Tageblatt“, das im großen und ganzen mit Otto Braun sehr zufrieden ist, indem es schreibt:

Soweit Herr Braun sich grundsätzlich zur Sozialisierung oder, wie er sich ausdrückt, zur „Beteiligung des Staates an den Erträgen der Wirtschaft“ bekennt, wird man ihm um so weniger zu widersprechen brauchen, als er selbst erklärte, daß erst einmal unsere Wirtschaft gesunden müsse, wenn dabei ein befriedigendes Ergebnis herauskommen solle. Damit ist das Sozialisierungsproblem für unbestimmte Zeit verjagt.

Wir müssen diesem Urteil nur zustimmen. Braun vertritt die Sozialisierung gerade in dem Augenblick, in dem sie zur brennendsten Frage der proletarischen Politik geworden ist. Ganz wie in den ersten Monaten der Revolution und aus denselben Gründen. Denn es ist unmöglich, an einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien festzuhalten, oder sie, wie im Reich, wiederherzustellen, wenn man in der Sozialisierungsfrage entschieden vorgehen will. Man kann nicht gleichzeitig mit dem Bürgertum zusammenarbeiten und den Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus führen. Man kann nicht mit den schärfsten Gegnern der Sozialisierung in die Regierung gehen wollen, ohne zugleich den Sozialismus preiszugeben.

Deshalb muß die wirklich sozialistisch gesinnte Arbeiterschaft durch diese Rechnung der rechtssozialistischen Führung einen Strich machen und die Aufnahme des Kampfes für die Sozialisierung durchsetzen. Und sie muß bei den Landtagswahlen dafür sorgen, daß nicht die Vertreter der Demokraten und des Zentrums, sondern die Bünde einer grundsätzlichen sozialistischen Politik, die Unabhängigen Sozialdemokraten in den Landtag entsandt werden.

## Eine freche Komödie

In der Zeit, in der unser verstorbener Genosse Wurm Ernährungsminister war, ist auf seine Initiative hin das damalige Kriegswucheraamt zu einem „Landespolizeiamt beim Staatskommissar für Volksernährung“ ausgestaltet worden. Es sollte eine verstärkte Bekämpfung von Wucher und Schiebertum dadurch ermöglicht werden. Wurm berief den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden des Kriegswucheraamts, den Staatsanwalt Dr. Falck, zum Leiter dieses Amtes. Das war ein guter Griff. Denn dieser Mann hat sein Amt mit Eifer und Geschick ausgefüllt und sich wegen seiner Unnachgiebigkeit gegen die Wünsche der Schieber bald bei ihnen sehr unliebsam bemerkbar gemacht. Sie hielten und verfolgten ihn deshalb. Aber auch bei seinen Vorgesetzten fiel er in Ungnade, insbesondere bei den berüchtigten Herrn Hermes, der das Bedürfnis verspürte, seine Liebe für die Schieber durch ein besonders scharfes Verfahren gegen Falck zum Ausdruck zu bringen.

Vor einigen Wochen hat der Reichstag das Gesetz über die Verschärfung der Strafen gegen Wucher durch Schieberei angenommen. Eine lächerliche Komödie, nur bestimmt, den Massen Sand in die Augen zu streuen. Denn in demselben Augenblick, in dem dieses Gesetz beschloffen wurde, hat man die Behörde, die bisher wenigstens den Versuch gemacht hat, das Schiebertum und den Wucher zu bekämpfen, zu völliger Einflusslosigkeit verdammt. Das Landespolizeiamt ist dem Ministerium des Innern unterstellt worden, und man hat, wie aus dem nachfolgenden Schreiben deutlich ersichtlich ist, das zum Vorkam genommen, den schon lange unbehaglichen Dr. Falck, der dem Amt erst seine Bedeutung gegeben hatte, zu beseitigen. Es heißt in dem Schreiben:

„Bei dem zum 1. Januar 1921 erfolgenden Uebergang des Landespolizeiamtes auf den Herrn Minister des Innern beabsichtigt dieser, Sie nicht mit zu übernehmen. Er glaubt es Ihnen, nachdem Sie lange Zeit hindurch Leiter einer umfangreichen Dienststelle gewesen sind, nicht zumuten zu können, auf Ihrem bisherigen Posten zu verbleiben, wenn das Amt wesentlich verkleinert und einem Referenten seines Ministeriums, der die Wirtschaftspolitik mitbearbeiten soll, unterstellt wird.“

Das ist die Form, wie man einen unbehaglichen Menschen loszuwerden sucht. Dieses Verhalten aber zeigt, daß die leitenden Staatsbehörden absolut nicht den Willen haben, dem Schiebertum und Wuchertum irgendwie zu Leibe zu gehen. Wollten sie das, so dürften sie nicht einen Mann, der diese Aufgabe schon bisher in Angriff genommen hatte, völlig kaltstellen.

## Auf der Jagd nach Beute

Auch die Wettiner wollen entschädigt werden

Wie der Wessenssprößling versucht, das braunschweigische Land zu schröpfen, so macht auch das ehemalige sächsische „Herrscherhaus“ die größten Anstrengungen, aus dem sächsischen Landesvermögen zu nehmen, was es bekommen kann. Bis vor kurzem schien die Sache sehr günstig zu stehen, denn sowohl die Rechtssozialisten als auch die Demokraten sind nun einmal gegenüber dem Königum einseitige Leute und vertreten den Standpunkt, „daß das Land dem König gegenüber gerecht aber auch loyal“ sein müsse. Dagegen vertreten unsere Genossen den Standpunkt der Arbeitspflicht für jeden Arbeitsfähigen, woraus sich ergibt, daß nur Ansprüche aus beruflicher Tätigkeit anerkannt werden. Wer trotz guten Willens und ernstem Mühe keine berufliche Betätigung findet, erhält Arbeitslosenunterstützung. Und unsere Genossen verspüren keine Reue, die Wettiner anders zu behandeln, als jeden andern Staatsangehörigen.

Vorläufig wird noch untersucht und verhandelt darüber, was unbeschränkter Besitz des ehemaligen sächsischen Königshauses ist. Da werden Urkunden bis zurück auf das 16. Jahrhundert ausgegraben. Bis jetzt wurde aber in vielen Fällen festgestellt, daß bei Beschaffung der Vermögensobjekte nicht nur private Mittel der Wettiner, sondern auch Gelder aus öffentlichen Quellen verwendet wurden. Juristisch liegt die Sache ziemlich verwickelt. Wir sind überzeugt, daß unsere Genossen die ganze Angelegenheit nicht von juristischen, sondern von politischen Gesichtspunkten behandeln werden. Das Volk ist lange genug ausgepowert worden von den kaiserlichen und königlichen Drohnen. Die Herrschaften mögen sich auch irgend einer nützlichen Betätigung zuwenden, die ihnen ihren Lebensunterhalt sichert.

Für die Entschädigung der entthronten Herrscher scheint man übrigens nur in Deutschland mit besonderer Vorliebe einzutreten. In der Geschichte der anderen Länder hat es etwas derartiges noch nie gegeben. Da aber gerade die deutschen Monarchen ein besonderes großes Schuldkonto auf sich geladen haben, hat das deutsche Volk die Pflicht, diesen entthronten Herrschern zu zeigen, daß es keine Ausnahme geschehe duldet. Für uns darf im günstigsten Falle nur die Arbeitslosenunterstützung in Betracht kommen. Beutemacherei darf aber auch da nicht zugelassen werden. Die Arbeitslosenunterstützung ist nur dann zu gewähren, wenn ein besonderer Koffstand vorliegt.

## Rosbach in Bereitschaft

Das Reiterbataillon Rosbach ist, wie alle Freikorps, nicht aufgelöst, sondern in Form einer „Arbeitsgemeinschaft“ auf dem Lande untergebracht. Es faßt, 1000 Mann stark und in dauernder Kampfbereitschaft, auf den mit Waffen bestückten pommerischen Gütern. Am Weihnachtstfest hat der Kommandeur Rosbach an seine Mannen eine Weisung gerichtet, der folgende, für die Republik recht verheißungsvoll klingenden Satze entnommen werden sollen:

„Das kommende Frühjahr wird uns vielleicht schwere Stunden bringen. Die kommende Zeit wird von uns ganze Männer verlangen. So lange wir aber so einmütig wie bisher zusammenhalten, kann uns keine Macht der Hölle vergewaltigen.“

Der eiserne Wille und die harte Faust unserer weit über 1000 Mann starken Gesellschaft wird bei bedingungslosem Vertrauen zu ihren Führern sich einmal den Vorberzweigen des Sieges pflücken dürfen. Wäget Ihr alle in treuer Pflichterfüllung, begeistert durch die Taten unserer Helden in Weltkrieg, das große Ziel eines einigen, freien, starken deutschen Vaterlandes erstreben. Das ist unser Weihnachtswunsch für Euch alle!“

Stargard i. P., 22. Dezember 1920.

Rosbach.

Wenn wir in der Republik geordnete Zustände haben würden, müßte selbst vom rein bürgerlichen Standpunkt aus Leutnant Rosbach wegen Landesverrats und Meuterei, begangen während des Baltikumabenteuers, hinter Schloß und Riegel gesetzt worden sein. Koske stellte den Meutereiter aber seinerzeit unter seinen Schutz; er sammelte im Herbst 1919 bei der Rückkehr aus dem Osten sofort seine Mannen, trat mit ihnen während des Kapp-Putsches in Berlin auf, wurde dann als „zuverlässige Stütze“ der Regierung ins Ruhrgebiet geschickt, hauste dort vandalisch und wartet jetzt in aller Gemütsruhe in Pommern auf den neuen

Putz, der im Frühjahr erfolgen soll. Eberis Erlaß sichts ihn nicht an. Die Richter und Staatsanwälte können ihre kostbare Zeit nicht der Verfolgung hochverräterischer Unternehmungen widmen. Sie werden durch äußerst belangreiche und hochwichtige Prozesse gegen die Arbeiterpresse allzu stark in Anspruch genommen.

## Die Helden von Mechterstädt

Der Dank für ihre Taten

Nachdem die Marburger Studenten wegen der Erschießung von 15 Arbeitern freigesprochen worden sind, fühlt sich der Rektor der Universität verpflichtet, ihre rambonierte Ehre wiederherzustellen. In einer Erklärung wird verlangt, die gegen die Studenten erhobenen Vorwürfe öffentlich zurückzunehmen. Weiter heißt es:

„Wir sind stolz darauf, daß sich die Marburger Studenten in großer Zahl freiwillig dem Vaterland zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung zur Verfügung gestellt haben. Wir, die akademische Schöffe, die wir den schweren Entschluß der Studentenschaft, von neuem ihre Leben für das Vaterland einzusetzen, aus nächster Nähe hier miterlebt haben, wollen ihnen unseren Dank aussprechen.“

Diese Darstellung widerspricht den eigenen Angaben der Marburger Studenten über den Feldzug nach Thüringen in allen Punkten. Denn in den von ihnen herausgegebenen Schlagschriften heißt es ausdrücklich, daß sie freudigen Herzens die Waffen ergriffen und sich beim Auszug mit schwarz-weiß-roten Fahnen wieder in jene herrliche Zeit vom August 1914 zurückversetzt glaubten. Im übrigen möchten wir der geschichtlichen Wahrheit zuliebe doch feststellen, daß die Marburger Herren in Thüringen für das Vaterland absolut nichts zu riskieren hatten. Die Erschießung von 15 unschuldigen, nicht bewaffneten, also völlig wehrlosen Gefangenen „auf der Flucht“ ist eine Leistung, die jeder Räuber fertig bringt. Den Studenten dafür einen besonderen Dank abzustatten, kann nur von einem Würdebesessenen verlangt werden. Am Ende kommen die Marburger Professoren noch auf den Gedanken, die Erschießung der 15 unbewaffneten Gefangenen durch die Errichtung eines Denkmals zu feiern.

## Arbeitslosendemonstrationen in Hamburg

Hamburg, 5. Januar.

Heute nachmittag versuchten Erwerbslose in Demonstrationen nach dem Rathaus vorzudringen, um dort durch eine Abordnung ihre Forderungen vorbringen zu lassen, sie wurden aber an den Zugangstüren durch Postenzeiten und Patrouillen der Polizei zurückgehalten und zerstreut. In der Steinstraße kam es zu einem kleinen Zusammenstoß zwischen Demonstranten und der Polizei. Dabei wurde ein Polizist verprügelt und ihm sein Gewehr entzogen, ein Oberleutnant trug durch drei Messerstiche in Hals, Brust und Seite schwerere Verletzungen davon. Im übrigen ist es nirgends zu Unruhen gekommen.

## Arbeitslosenunruhen in London

London, 5. Januar.

Die Blätter melden, daß es gestern nachmittag bei einer Arbeitslosendemonstration im südlichen Teile Londons in Islington zwischen einer großen Anzahl Demonstranten und der Polizei zu ersten Zusammenstößen kam. Die Arbeitslosen gingen mit Steinen, Steinern und auch Schußwaffen gegen die Polizisten vor, die schließlich von ihren Knüppeln Gebrauch machten und die Unruhstifter zerstreuten. 21 Personen wurden verhaftet.

## Die Rote Armee

Teilweise Demobilisierung

Moskau, 3. Januar.

Eine amtliche Kundgebung beschäftigt sich mit der am 11. Dezember beschlossenen teilweisen Demobilisation der Roten Armee, die inzwischen vom achten Katalongreg befreit worden ist und betont, der Demobilisationsplan müsse vollständig durchgeführt werden, da die Feinde Rußlands lange nicht so friedliebend seien, wie Rußland. Der Kampfwert der Roten Armee dürfe nach der Demobilisierung nicht sinken, sondern müsse im Gegenteil intensiv verstärkt werden. Es soll mit der Entlassung der älteren Jahrgänge aus unbestimmter Frist begonnen und die Armee dadurch auf die Hälfte verringert werden.

## Englisch-russisches Handelsabkommen

London, 5. Januar.

Die „Times“ veröffentlichten die von der englischen und der russischen Regierung gutgeheißenen Vorschläge für die Wiederaufnahme der englisch-russischen Handelsbeziehungen. Es wird vorgeschlagen, eine englisch-russische Handelskorporation für die Entwicklung des englisch-russischen Handels zu gründen. Diese Korporation wird zwei Abteilungen, eine englische und eine russische umfassen, und ein Kapital von 10 Millionen Pfund Sterling besitzen, die von England und Rußland zu gleichen Teilen aufzubringen sind. Auch der Gewinn soll zu gleichen Teilen gehen. Die Korporation wird in Rußland das Monopol haben, in England jedoch nicht. Sie kauft direkt von den Veräußern bzw. Erzeugern. In England können aber alle Firmen Mitglied der Korporation werden.

Unterstützung der Familien politisch Inhaftierter. Die Unabhängigen Sozialdemokraten haben im Münchener Staatsrat den Antrag eingebracht, die Unterstützungsgelder für die Familien der politisch Inhaftierten zu verdoppeln.

Batum ist georgisch. Nach einer Mitteilung des Geschäftsträgers der Republik Georgien ist die Nachricht, in Batum sei die Räuberrepublik ausgerufen worden, falsch. Batum ist fest in den Händen der georgischen Regierung.

Der neue Generaldirektor der Sowjet-Propaganda. Nach Meldungen der holländischen Presse aus Petersburg ist auf Eruchen Tschischerins der frühere französische Hauptmann Sadowal zum Generalinspektor aller Propagandaorganisationen der dritten Internationale ernannt worden.

Die Arbeitslosigkeit in Italien. Der Generalrat der Gewerkschaftskammer von Turin hat beschlossen, zur Verminderung der Arbeitslosigkeit eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit von 8 auf 4 Stunden zu veranlassen. Gleichzeitig werden die Arbeiter aufgefordert, auf ihrem Posten zu verbleiben, um nötigenfalls die Fabriken wieder zu beleben.

Neue Erdbeben in Argentinien. „Daily Chronicle“ veröffentlicht eine Drahtmeldung aus Buenos Aires vom 30. Dezember, wonach in Argentinien neue Erdbeben stattgefunden haben. 7000 Personen wurden getötet oder vermindert. Der Sachschaden ist bedeutend.



# Sonntag vorm. 10 Uhr große Protestkundgebung der Eisenbahner im Lustgarten

Deutscher Eisenbahner-Verband Groß-Berlin

## Reinfall der Staatsanwaltschaft

Die „Freiheit“ unter Anklage

Die gestrige Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts I gegen unseren Genossen Lieblich bewies wieder einmal, mit welcher Leichtfertigkeit die Staatsanwaltschaft zu Werke geht, wenn es sich um die Anklageerhebung gegen die linksradikale Presse handelt. Wir haben bereits in unserem Artikel „Politische Justiz“ auf die völlige Unzulänglichkeit der für den Tatbestand des § 130 St. G. B. nötigen Merkmale hingewiesen. Die Gerichtsverhandlung verurteilte nur diese Auffassung. Die Anklage verurteilte nur diese Auffassung. Die Anklage verurteilte nur diese Auffassung.

Die Staatsanwaltschaft hat sich diese Blamage sparen können. Selbst nach der Auslage eines bürgerlichen Vollstreckers, des Demokraten Kusche, wurde der unter Anklage stehende Artikel in sozialistischen und politischen Kreisen nur als parteitheoretische Auseinandersetzung gewertet. Dieser Charakter haftet dem Artikel so unverkennbar an, daß kein Mensch, außer dem Staatsanwalt, auf die Idee kam, ihm aufreizende Wirkungen zuzuschreiben. Das Gericht befand sich denn auch sichtlich in der Klemme, ohne sich indes an eine rettende Planke klammern zu können. Die Staatsanwaltschaft ist hereingefallen, die Staatskasse um einiges Papier erleichtert.

Der Verhandlungsbericht

Vor der Strafkammer des Landgerichts I fand gestern vormittag die Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur der „Freiheit“ Genossen Lieblich statt. Die Anklage warf dem Genossen Lieblich vor, durch Aufnahme eines Artikels von Walter Stoedter, betitelt „Unsere Partei und die dritte Internationale“, erschienen in der „Freiheit“ am 3. September 1920, den § 130 des St. G. B. (Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander) verletzt zu haben.

Genosse Lieblich zeigte in ausführlichen Darlegungen, wie in der Unabhängigen Partei seit ihrem Bestehen, besonders nach Kriegsende und in der Revolution zwei große Strömungen um die Oberhand rangen. An Hand der Protokolle des Märzparteitages 1919, der Reichskonferenz im September 1919 und besonders des Leipziger Parteitages im Dezember 1919 verdeutlichte er die wachsende Spannung und die sich immer schärfer abgrenzenden Differenzen innerhalb der Partei. Genosse Lieblich ging dann unmittelbar auf den Kampf um den Anschluß an die Internationale ein und schilderte die eigenartige Stellung der „Freiheit“-Redaktion, die in ihrer Gesamtheit dem Anschluß ablehnend gegenüberstand, aber durch Beschlüsse der Parteileitung und der örtlichen Organisationen gezwungen war, auch den entgegenstehenden Meinungen weiteste Raumfreiheit zu gewähren. Niemand, weder Presse noch Parlament, hätten Recht von dem Siederschen Artikel genommen, obgleich er von allen für völlig bedeutungslos gehalten worden. Genosse Lieblich verlas zum Beweise für die Heberfälligkeit der Anklage die Notiz des „Vorwärts“: „Ein überarbeiteter Staatsanwalt“, von der der Staatsanwalt sichtlich unangenehm berührt war. Das Gericht müsse bei Beurteilung seiner Handlung alle diese Umstände berücksichtigen. Dann sei es unmöglich, zu einer Verurteilung zu kommen.

Das Gericht unterstellte die Ausführungen des Genossen Lieblich ohne weiteres als wahr. Die Verteidigung hatte Chefredakteur Kusche von der „Volkszeitung“ und den Genossen Dr. Hülferding als Sachverständige zugezogen. Der Vorsitzende widerlegte sich anfangs aus prozeduralen Bedenken der Vernehmung der beiden Sachverständigen, aber auf nachdrückliches Verlangen des Verteidigers Dr. Rosenfeld wurde durch Gerichtsbeschluss die Vernehmung beschlossen.

Chefredakteur Kusche erklärte, der Stoedersche Artikel trage einen rein akademischen Charakter. Eine Aufreizung zu irgendwelchen Aktionen erweise schon deshalb als völlig ausgeschlossen, da ja die Unabhängige Partei sich durch die Auseinandersetzungen in einem völlig toten Zustand befunden habe, der sie direkt aktionsunfähig machte. Auch würde sich niemand durch diese vier, so überaus langweilig geschriebenen Artikel zu Aktionen hinreißen lassen. Dazu bedürfe es schon ganz anderer Aufmachung. Jeder Journalist, gleich welcher Richtung, werde unbedingt bestätigen, daß aus diesem Artikel nicht die Wirkungen herausgesehen werden können, die ihm die Anklage unterstellt. Die Erhebung der Anklage habe als allgemeine Überraschung in journalistischen Kreisen hervorgerufen.

Genosse Hülferding bestätigte in kurzen Worten die Darlegungen des Genossen Lieblich über die inneren Verhältnisse in der „Freiheit“-Redaktion. Der Artikel habe keine direkten politischen Zwecke gegenüber den herrschenden Mächten verfolgt, sondern nur gegen die eigene Partei.

Die Beweisaufnahme war somit erschöpft. Der Staatsanwalt hielt in seinem kurzen Plädoyer die Anklage aufrecht. Der Artikel erhalte doch durch die Wertung für eine bestimmte Anschauung praktische Bedeutung. Er halte die Anklage für erwiesen. Es sei die Pflicht und das Recht des Staates einzuwirken, wenn gegen ein Gesetz verstoßen werde. Das Gesetz der Reichsicherheit sei bedroht gewesen. Die Tatbestandsmerkmale für den § 130 seien ohne weiteres gegeben. Ebenso sei der Angeklagte der Übertretung des § 21 des Preßgesetzes (Mittäterschaft) schuldig. Unter Berücksichtigung aller Umstände, die der Angeklagte vorgebracht habe, beantrage er eine Geldstrafe von 300 Mark.

Den Ausführungen des Staatsanwalts trat der Verteidiger Genosse Dr. Rosenfeld hart gegenüber. Er legte dar, daß es sich hier nicht handele um die Höhe des Strafmaßes, sondern um die Tatsache, daß der Angeklagte wegen eines Artikels verurteilt werden solle, den kein politischer Gegner geschrieben habe. Der Argumentation des Staatsanwalts über die praktischen Ziele des Stoederschen Artikels hält Genosse Rosenfeld gegenüber, daß Stoeders praktisches Ziel gewesen sei, die Mehrheit in der Partei für seine Anschauungen zu gewinnen. Daraus mache der Staatsanwalt das praktische Ziel der Aufreizung. Er berief sich erneut auf das Gutachten Kusches, der selbst als außerhalb der Partei stehender Politiker ausgelegt habe, daß für die Partei ja gar keine Möglichkeit bestand, Aktionen durchzuführen, da sie durch die Auseinandersetzungen aktionsunfähig gewesen sei. Die Diktatur des Proletariats, die dem Staatsanwalt nicht gelte, sei absolut nichts neues, sie sche im Leipziger Aktionsprogramm, und zu ihr bekenne sich jedes Mitglied der Unabhängigen Partei. Das Bekenntnis zur Diktatur habe bis jetzt von keinem Strafrichter verfolgt werden können. Auch die übrigen Stellen bezeichnete er als ganz allgemeine Bemerkungen, die der Verbreitung von Erkenntnis, nicht aber der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten dienen sollten. Genosse Rosenfeld zitiert Auslassungen der „Deutschen Zeitung“ aus der Zeit nach dem Kapp-Putsch, die viel weitgehender sind, als der Stoedersche Artikel. Dagegen aber sei kein Staatsanwalt eingeschritten. Der juristische Nachweis der Heberfälligkeit der Anklage sei erbracht, es bleibe nicht einmal ein Vergehen gegen das Preßgesetz übrig. Deshalb sei nur ein Freispruch möglich. Eine Verurteilung wäre nur geeignet, der Behauptung von der Klassenjustiz neue Nahrung zu geben.

Genosse Dr. Voenheim: Der Prozeß sei ein politischer Prozeß. Man habe die Heberzeugung, daß alle Presseäußerungen gesammelt, fein säuberlich sortiert und die einen als straflos, die anderen aber als strafbar bezeichnet würden. Es gehe einfach um die Freiheit der Presse. Er veranschaulichte noch einmal den Charakter des gesamten Artikels und weist darauf hin, daß der Verfasser sich immer an die Partei wendet, niemals an die Massen. Es gehe von ihm keine unmittelbare Beeinflussung der Arbeiter zu Aktionen aus. Der einzig unmittelbare Zweck des Artikels sei gegen die Arbeiter der anderen Richtung gerichtet, niemals gegen die Bourgeoisie. Die Anklageerhebung sei politisch und juristisch gleich unverkennbar.

Nach dreiviertelstündiger Beratung verurteilte der Vorsitzende das freisprechende Urteil mit der Begründung, daß der § 21 des Preßgesetzes, der die strafwürdige Handlung des Redakteurs unbestraft läßt, falls der Verfasser des Artikels bekannt ist, in Anwendung gebracht worden sei. Vom § 130 war keine Rede mehr.

## Die „Rote Fahne“ unter Anklage

Der Staatsanwalt hat sich auch die „Rote Fahne“ vorgeknöpft. Der verantwortliche Redakteur Bruno Schäfer hatte sich am 4. Januar vor der Strafkammer des Landgerichts I wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, Aufforderung zur Begehung eines Verbrechens, nämlich des Dynamitverbrechens, der Eisenbahntransportgefährdung und der Aufreizung zum Mord, zu verantworten. Der Anklage lag ein Aufruf Sinowjews zugrunde, der in Nr. 226 der „Roten Fahne“ veröffentlicht wurde. Scharfartweise hatte der Staatsanwalt auch den zünftigen Kommunistenführer Sinowjew unter Anklage gestellt. Da dieser aber für den Arm des Staatsanwalts nicht erreichbar ist, hatte sich Schäfer allein zu verantworten. Er gab an, daß die „Rote Fahne“ das Zentralorgan der kommunistischen Partei sei und alle Aufrufe der Partei und der Dritten Internationale veröffentlichte.

Der Staatsanwalt sah die strafbare Handlung des Aufrufs in der Aufforderung, die bürgerlichen Offiziere unschädlich zu machen. Er beantragte 500 M. Geldstrafe. Der Verteidiger, Paul Levi, führte aus, daß der Aufruf aus der damaligen Kampfsituation Sowjetrußlands heraus geschrieben worden sei. Der Aufruf wende sich in erster Linie an Frankreich und England, von Deutschland sei darin gar nicht die Rede. Wenn die englischen und französischen Arbeiter zum Kampf gegen ihre Regierungen aufgefordert würden, so habe sich ein deutscher Staatsanwalt nicht darüber zu empören.

Schäfer wurde zu 400 M. Geldstrafe verurteilt. Das Gericht ließ die Anklage auf Aufforderung zu Gewalttätigkeiten fallen, zog aber den Sprengstoffparagrafen zur Straffung heran, da in dem Aufruf zur Gefährdung von Eisenbahntransporten aufgeföhrt worden sei.

Die „Rote Fahne“ gibt gleichzeitig bekannt, daß gegen den verantwortlichen Redakteur Bruno Schäfer eine neue Anklage erhoben worden ist. Er soll die Angehörigen der Reichswehr und der Marine zum Ungehorsam oder zum gewalttätigen Widerstand gegen die Anordnungen über Auflösung, Verringerung oder Umgruppierung der bestehenden Verbände aufgefordert haben. Die Anklage stützt sich auf die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920, die ausschließlich zu dem Zweck herausgegeben war, eine neue Vereiningung der aufgelösten Freikorps zu verhindern. Obwohl sich die Freikorps um den Erlaß Eberths nicht im geringsten gekümmert und sich überall auf dem Lande in feste Verbände zusammengeschlossen haben, hat bisher noch kein Staatsanwalt die Zeit gefunden, den Erlaß Eberths gegen sie anzuwenden. Wenn die Staatsanwaltschaft den Erlaß, um ihn nicht verstanden zu lassen, jetzt dazu benützen sollte, dem Redakteur eines Arbeiterblattes einen Strich zu drehen, dann wäre damit wieder einmal der Gipfel der Rechtslosigkeit in der demokratischen Republik erreicht.

## Die Steuerscheu der Besitzenden

Eine neue Wucherdrohung der Agrarier

Wenn zwei Spitzhuden sich streiten, so erfährt der Staatsanwalt gewöhnlich die Wahrheit. In der rechtsstehenden Presse wird stürmisch die Strafverfolgung Erzbergers wegen Steuerhinterziehung verlangt. Ueber die Unterlagen für dieses Begehren hat die „Germania“ nunmehr einige interessante Mitteilungen veröffentlicht. Erst seien vor etwa Jahresfrist die Steueraktien Erzbergers beim zuständigen Finanzamt gestohlen, photographiert und vervielfältigt worden. Die gestohlenen Steueraktien hat dann der ehemalige Redakteur der „Deutschen Zeitung“, Dr. Buell, „christlichlich“ pervertiert. Das Ergebnis der Bemühungen der Staatsanwaltschaft gegen die strafbare Preisgabe geheim zu haltender Steueraktien und die unlautere Benutzung der gestohlenen Aktien sei der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden. Herr Dr. Buell habe sich jedoch nicht geschert, auf Grund der gestohlenen Aktien gegen Erzberger Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu erstatten; eine Zeitungs-Korrespondenz veröffentlichte dieser Tage angebliche Auszüge aus amtlichen Berichten eines Finanzbeamten, wodurch eine weitere strafbare Handlung begangen worden sei, die nicht ungeahndet bleiben dürfe. Das Zentrumblatt beschwert sich nun darüber, daß man von einer Unterzeichnung dieses Falles noch nichts erfahren habe und droht im Anschluß daran:

Will man diese Straffaten ungeahndet lassen, so muß man damit rechnen, daß z. B. die gewiß sehr interessante Kriegsgewinnsteuererklärung des Großindustriellen Hugo Stinnes veröffentlicht wird, oder daß in der Presse aus den Steuererklärungen von Dr. Helfferich mitgeteilt wird, wie hoch sein Kriegsgewinn ist, den er infolge der Erzbergerschen Steuererhebung an das Reich abliefern muß, ob er kein Vermögen im Ausland hat usw.

Schließlich erklärt die „Germania“ noch, daß die bisherigen Ermittlungen keinen Anhaltspunkt für den Verdacht der Steuerhinterziehung durch Erzberger ergeben hätten. Der Leiter des zuständigen Finanzamtes habe wiederholt festgestellt, daß kein Anlaß einer gerichtlichen Untersuchung vorliege. Der Finanzminister Dr. Wirth habe dasselbe erklärt.

Wir haben keinen Anlaß, uns in den Streit darüber einzumischen, ob Erzberger den Staat um Steuern betrogen hat. Aber die rechtsstehenden Kreise haben noch viel weniger Berechtigung, sich über die angebliche Steuerscheu eines Mannes zu erziehen, der ihnen aus politischen Gründen unangenehm ist. Sind es doch gerade Schwerindustrie und agrarische Kapitalisten, die den Staat systematisch entweder um die Steuern betrügen oder, wenn sie schon Steuern zahlen müssen, durch Bewucherung der verbrauchenden Kreise sich schablos zu halten suchen.

Heute liegt ein neuer Beweis dafür vor. Vom Grundbesitz soll eine vorläufige Steuerabgabe erhoben werden. Die städtischen Hausagrarier wenden sich dagegen, weil ihnen dadurch jede Bauzünftigkeit unmöglich gemacht werde. Aber auch die Landagrarier wollen von dieser Steuer nichts wissen. Ihnen gibt die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrer Mittwoch-Ausgabe folgenden Rat:

Da die Steuer ab 1. Januar bereits Geltung erheben soll, so ist auch, wie wir hinzufügen möchten, die Abwälzbarkeit dieser Steuer auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus der Ernte 1920 notwendig. Die Steuer muß jetzt, also aus den Erträgen der Ernte 1920, geleistet werden und daher müssen auch zwangsläufig die Einnahmen dieser Ernte erhöht werden, da wir doch nun einmal in den Zeiten der Zwangswirtschaft und Höchstpreise leben. Bei der außerordentlichen Höhe der Steuer ist es unbedingt notwendig, daß die Regierung auch für Deduktion dieser neuen Belastung der Landwirtschaft sorgt aus der Ernte, aus der die Last getragen werden soll. Das kann natürlich nur geschehen durch entsprechende Nachzahlungen für die auf Grund der Zwangswirtschaft abgelieferten und noch abzuliefernden landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Geschieht das nicht, so sind die Landwirte natürlich gezwungen, die Preise der von der Zwangswirtschaft nicht betroffenen Erzeugnisse so zu erhöhen, daß sie eben daraus die geforderte neue Steuer bestreiten können. Das Verhältnis zwischen den Preisen der öffentlich bewirtschafteten und der nicht bewirtschafteten landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird dadurch natürlich nur noch größer werden.

Die Agrarier verlangen also, daß der Steuerbetrag auf die rationierten Lebensmittel aufgeschlagen werde, und wenn das nicht geschieht, so drohen sie damit, die Preise für die Schleihhandelswaren und ihre anderen Erzeugnisse so zu erhöhen, daß es künftig wahrscheinlich nur noch der Junker und der Kriegsgewinnler möglich sein wird, sich mit rationierten Lebensmitteln zu versorgen. Welches Geschrei hat sich erhoben, als die Arbeiter verlangten, daß der Steuerabzug vom Lohn durch Erhöhungen des Einkommens wettgemacht werden sollte. Die Arbeiter waren im Recht mit dieser Forderung, denn der Steuerabzug hat die ohnehin schon elende Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung noch weiter verschlechtert. Die Agrarier dagegen gehören zu den Kreisen, denen es jetzt geradezu glänzend geht; bei ihnen bedeutet die Abwälzung der Steuer auf die Verbraucherfreie nichts anderes als nassen Wucher und blanken Steuerbetrug.

## Der Dolchstoßschwindel

Der verstarbene frühere Reichslonker Bethmann Hollweg hat sich kurz nach der Revolution in einer Kundfrage über die Ursachen des Zusammenbruchs ausgelassen. Er sagte: „Nicht weil deutscher Geist verlagert hätte, haben wir die grauenhaften Waffenstillstandsbedingungen annehmen müssen, sondern weil nach dem Zusammenbruch unserer Bundesgenossen weiterer Widerstand gegen eine zermalende Uebermacht aussichtslos war.“

Bethmann Hollweg widerlegt hier ganz zutreffend die Legende von dem Dolchstoß, der die deutsche Front von hinten getroffen und den hatten Waffenstillstand erzwingen haben soll. Die Deutschnationalen werden trotzdem nicht müde werden, den Schwindel weiter zu verbreiten. Er nimmt ihnen bei den Dummheiten die Verantwortung für die Niederlage ab, die allein sie verschuldet haben.

## Gewerkschaftliches

Mitglieder des Deutschen Beldleidungsarbeiter-Verbandes

Berammlung am Freitag, den 7. Januar, abends 7 Uhr, im blauen Saal der Berliner Vereins- und Konzerthallen, Kommandantenstr. 58/59. Tagesordnung: Unsere Stellungnahme zur Jahresgeneralversammlung am 11. Januar.

Es ist unbedingte Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, die auf dem Boden der U. S. F. D. stehen, diese Berammlung recht zahlreich zu besuchen, da wichtige Beschlüsse zu fassen sind. Gewerkschaftsbuch und Parteibuch legitimieren.

Mit uns sympathisierende Kollegen und Kolleginnen können eingeföhrt werden.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. F. D.  
Die Geschäftsleitung: J. L. Felix Schneider.

## Die betrübten Lohgerber

Den Kommunisten sind durch die Abstimmung der Berliner Holzarbeiter gegen die Moskauer Internationale die Felle weggeschwommen. Die kommunistischen Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes hatten die Einberufung dieser Berammlung verlangt, in der Annahme, in der Berammlung ihren Standpunkt durchzusetzen und die zum größten Teil unabhängige Verwaltung besetzen zu können. Mit großer Mehrheit haben die Berammlungsteilnehmer einen bliden Strich durch diese Rechnung gemacht, trotzdem der kommunistische Korreferent Brandler die Forderung nach dem Anschluß an Moskau erhob. Gemeinsam mit seinen Freunden legte er sogar am Schluß der Berammlung mit einem Mal gar keinen Wert mehr auf eine Abstimmung, trotzdem die Kommunisten eine eigene Entschlieung für den Anschluß an Moskau eingebracht hatten.

Die „Rote Fahne“ ist über diesen unvorhergesehenen Ausgang der Berammlung sehr verärgert und sucht deshalb die Bedeutung der den Kommunisten ungünstigen Abstimmung herabzumindern. Sie meint, diese Berammlung habe gezeigt, daß sich die Arbeiterchaft vorwärts entwickle. Das ist gewiß richtig! Aber doch in einem ganz anderen Sinne, als ihn die „Rote Fahne“ zu erwecken sucht. Die Berammlung hat eine so deutliche Abkehr von den kommunistischen Phrasen gezeigt, daß dem Kommunisten Brandler wegen des unvermittelten Widerstandes aus der Berammlung mandamental beinahe die Worte im Halle hecken zu bleiben schienen. Es ist natürlich auch durchaus falsch, und nur durch die Niederlage erklärlich, wenn die „Rote Fahne“ weiterhin den Versuch unternimmt, den Sieg in der Berammlung auf den Gebrauch radikaler Redewendungen durch den Genossen Herz zurückzuführen. Darauf fallen die Berliner Holzarbeiter gewiß nicht mehr herein. Das sollte doch gerade Brandler recht am allerbesten wissen. Im übrigen zeigt ja auch die ausführliche Wiedergabe der Rede von Herz, daß er solchen Behauptung jede Berechtigung fehlt, daß Herz nur das darlegte, was die Unabhängige Partei bereits dauernd öffentlich vertretet hat.

Internationale Rürchner-Konferenz. Das Internationale Rürchner-Sekretariat hat zu Mitte Juni d. J. eine Internationale Rürchner-Konferenz nach München einberufen. Auf der pronsionischen Tagesordnung steht u. a. „Der Ausbau der internationalen Verbindung entsprechend den Erfahrungen des Weltkrieges“ und „Welche Verufe kommen für eine evtl. Verschmelzung zu Industrieverbänden für unsere Organisation in Frage?“







Groß-Berlin

Wohnungssuche in Berlin

Eine typische Berlin-Wohnung, Aufgang für „Betrachten“, laufferbelegt, portierbewacht. Wir — zwei arme, auf der Wohnungssuche befindliche, schon ganz, ganz anspruchslos gewordene Menschen treten ein in das Merkwürdige des „Kachweiles“ für möblierte Wohnungen und Zimmer. Was will man machen? Leere Wohnung ist nicht zu bekommen, also möblierte Zimmer suchen.

Vor einem, mit geschmacklosen Nippfiguren und ordensbelebten Photographien überladenen Schreibtisch thront eine fette, ältere „Dame“. Neben ihr ein Teller mit blattbelegten Schinkenstücken, damit sie sich vor Schwächeanfällen insofern insoweit des anstrengenden Vermittlungsgeschäfts bewahren kann. Ein prächtiger Blick auf unseren, nicht eben Berlin-W. entsprechenden Anzug; ein herablassendes: „Sie wünschen?“

„Wir suchen ein oder zwei möblierte Zimmer mit Küchenbenutzung.“

„Ja, ich habe hier verschiedenes; zwei Zimmer ganz in der Nähe, 1000 M.; in der und der Straße, 1500 M. usw. Was können Sie denn ausgeben?“

Wir verzichteten natürlich auf die gütige Vermittlung um so leichter, als wir auch noch, wenn wir uns die Zimmer nur mal ansehen wollten, die Vermittlungsgebühr (die nach der Höhe des Schinkenbelages und nach dem Leibesumfang des Schöhhündchens zu schätzen, wohl nicht eben gering sein möchte!) sofort hinterlegen sollten.

Daraus ergibt sich verschiedenes; erstlich, daß für Geld eben auch trotz Wohnungsamt, trotz Mietvereinsamt, trotz jeder Kontrolle Wohnung zu bekommen ist — mit soviel Zimmern, als man haben will, (d. h. bezahlen kann) wobei das Beste ist, daß die nötigen Möbel gleich drin stehen! Zum andern aber kann man den Gedanken nicht los werden, ob der schnellebige Kapitalismus hier schon wieder ein neues Mittel, aus der drohenden Wohnungsluxussteuer buchstäblich Kapital zu schlagen, erfunden hat? Denn die Sache ist furchtbar einfach; man vermietet alle entbehrlichen Räume der luxussteuerbedrohten Wohnungen. Damit erspart man nicht nur die Steuer, sondern verdient auch noch ohne jeden Handgriff für zwei Zimmer monatlich 1000 bis 1500 Mark. Solche schlauen Leute trifft man auf einer Suche nach möblierten Zimmern in Berlin. Wie wärs, wenn die Bezirksämter den Ehrgeiz betätigen würden, noch schlauer zu sein?

Produktive Arbeit

Die Unabhängige Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hat folgenden Antrag eingebracht:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, einen ständigen Ausschuss einzusetzen, der mit den in Frage kommenden, bereits bestehenden Deputationen die produktive Erwerbslosenfürsorge in jeder Weise durchführt. Dieser Ausschuss hat einen Untersuchungs- und wählenden, der, mit Unterstützung des Magistrats, sofort bei der Regierung vorstellig wird, um von dieser die Bereitstellung größerer Mittel, entl. darlehensweise, zu fordern.

- Hierdurch soll ermöglicht werden:
1. Daß alle begonnenen, jetzt aber stillgelegten Arbeiten fertiggestellt werden können;
2. Daß außer den bereits angefangenen und projektierten Arbeiten, besonders Siedlungs- und Kleinwohnungsbauten, weitere in Angriff genommen werden können;
3. Die kommunale Herstellung und Beschaffung von Kleidungsstücken, Wäsche, Wirt- und Schuhwaren, sowie die Einführung von kommunalen Schuhreparaturwerkstätten für die arbeitende Bevölkerung;
4. Daß die Verjüngung der Stadt mit Elektrizität aus Fernkraftwerken weiter ausgebaut wird, um den Hausbesitzern unter günstigen Bedingungen die Beschaffung der Anlagen zur elektrischen Beleuchtung der Wohnungen zu erleichtern;
5. Der Umbau der Gasanstalten zu Kokeren; um das bisher als Hauptprodukt hergestellte Gas als Nebenprodukt, und die bisherigen Nebenprodukte, wie Teer, Ammoniak, Benzol usw. als Hauptprodukte zu erzeugen.

6. Die Herstellung von Anlagen, die die überschüssige Wärme der Gasanstalten dem Zwecke der Fernheizung zu führen, sowie die an der Betrieb geleiteten Kesselanlagen der Elektrizitätswerke zu Fernheizwerken einzurichten, um auf diesem Wege zunächst alle häuslichen Gebäude mit Heizung zu versorgen. Dem Ausschuss steht das Recht zu, der Stadtverordnetenversammlung die Ausführung weiterer Maßnahmen vorzuschlagen, und hat derselbe die Pflicht, monatlich einmal die Stadtverordnetenversammlung von der Durchführung dieses Beschlusses zu unterrichten.

Magistrat und Staatsanwalt

Wie allgemein bekannt, sind die Mietvereinsämter als eine soziale Institution gedacht. In Vorständen der Kammer wurden bisher Rechtsanwältinnen ernannt. Die organisierte Mieterschaft fordert seit längerer Zeit schon die Berufung von geeigneten, eingearbeiteten Vätern, weil jeder Jurist mehr oder weniger Affektivismus auf die Dauer nicht verkneifen kann. Wohin aus der Affektivismus gebracht hat, braucht hier nicht zum laudenswerten Male gesagt zu werden. Dem Berliner Magistrat genügt offenbar das bisherige Quantum akademischer Volkstrenntheit noch lange nicht, denn seit einigen Wochen antwortet auf dem Mietvereinsamt 7 ein leibhaftiger Staatsanwaltsrat, namens Dr. Orthmann. Der Berliner Magistrat steht in der Staatsanwaltschaft die „objektivste Behörde der Welt“. — Wir aber nicht, und deshalb fordern wir dringend Aufklärung, und zwar auch nach der Richtung der bezahlten Nebenbeschäftigung; diese ist den Beamten verboten! Oder ist für die Staatsanwälte eine Ausnahme zulässig?

Fertigstellung der U. E. G.-Schnellbahn

In der Januarnummer der Zeitschrift „Verkehrstechnik“ beschäftigt sich Baurat Mantz, der Direktor der U. E. G.-Schnellbahn, mit der möglichen Weiterführung des Baues. Die Möglichkeit dieser Bahn als Verkehrserschöpfung für die Strecke von Neudamm nach den nördlichen Stadtteilen Berlins steht ja außer allem Zweifel. Es ist aber jetzt vielmehr die Frage, ob sich die Fertigstellung des Baues finanzieren und — ob der Betrieb sich ertragsfähig gestalten lassen wird. Beides scheint ausgeschlossen; Baurat Mantz gibt selbst an, daß eine Deckung der Betriebskosten durch Tarifermäßigungen nicht möglich sein wird. Zu der anderen Frage aber ist kaum anzunehmen, daß die Finanzen der Stadt es gestatten werden, dies Unternehmen in dem geplanten Umfang weiterzubauen.

Milchlieferung. Für den 6. und 7. Januar tritt folgende Belieferung in Kraft: A-B-Geschäfte Belieferungsliste I, d. h. A I Kinderarten 1 Liter Milch, A II Kinderarten 1 Liter Milch, B I Kinderarten 1/2 Liter Milch, B II Kinderarten 1/2 Liter Milch, A Karten 1/2 Liter Milch; C-Geschäfte Belieferungsliste I, d. h. C I Kinderarten 1/2 Liter Milch, C II Kinderarten 1/2 Liter Milch. Die Kinderarten werden voll beliefert. Die angegebene Belieferung bezieht sich nicht auf die seit dem 1. Oktober 1920 zu Berlin neu hinzugekommenen Gemeinden.

Im Apollotheater schlägt das Feuer der Begeisterung für den Film in den besten Plätzen auf, seit die Direktion die amerikanische Sensation, das Publikum mitstimmen zu lassen, eingeführt hat. Man sollte meinen, daß der Blick vor und hinter die Filmleinwand erhellend wirken könnte, aber ganz im Gegenteil. Allerdings gibt sich Leo Peiser auch alle Mühe, das Publikum zu friedensstellen, sowohl die Lust der Zuschauer als auch den Begeisterungsdrang der Kinobesitzer. Das übrige Programm ist gutes Variété, in dem Stück der Toni Teichmann und Leo Conrad hat man zuweilen den Eindruck, als ob sich entwicklungs-fähige Darstellungskräfte an allzu banalen verzerrten.

Kaubüberfall. Der 22jährige Kurt Eber, der 23jährige Wilhelm Sandowski und der 24 Jahre alte Schlosser Walter Thiel drangen gestern Abend in die Wohnung Sellers im Hause Hermannstraße 220 in Neudamm ein, überfielen ihn und seine Mutter, festelten beide und durchsuchten sämtliche Behälter der Wohnung nach Geld und Wertgegenständen. Sandowski hielt Seller mit einem Revolver in Schach und drohte ihm zu erschießen, falls er einen Laut von sich gäbe. Als Seller trotzdem laut um Hilfe rief, drückte Sandowski seinen Revolver ab, zum Glück verfehlte die Waffe. Sandowski wurde auf der Stelle festgenommen, ebenso bei der Durchsuchung der benachbarten Häuser die beiden Kumpane.

Von Straßenräubern überfallen wurde in der vergangenen Nacht der Kaufmann Albert Hummel Ecke Warmbrunner und Paulsborner Straße in Schmargendorf, als er sich auf dem Heim-

wege befand. Zwei Männer hielten ihn fest, bedrohten ihn mit einem Revolver und raubten ihm seine Brieftasche mit etwa 4000 Mark Inhalt. Dann ergriffen sie die Flucht.

Diebstahl mit Missetätigkeit. Gestern Abend erschienen in dem Lokal von Otto Rösche, Eisenstraße 88/86, zwei Männer, von denen sich der eine sofort an das Klavier setzte und spielte. Inzwischen erhob sich sein Kumpan und ging angeblich an das auf dem Korridor befindliche Telefon. Dort nahm er mehrere Kleidungsstücke der Wirtin an sich und verschwand schlussendlich. Rösche bemerkte aber den Diebstahl sofort und hielt Sch., ehe dieser sich noch empfehlen konnte, fest. Vollzettel brachte ihn nach der Wache.

Seinen eigenen Vater beschloß hat der 20jährige Otto S. Er entwendete ihm aus der Wohnung seine Ehepartnerin in Höhe von 5000 M. und führte damit das Weite. Gestern wurde er von Schutzpolizisten ergriffen.

Einen grauenhaften Tod machten gestern Beamte der Schutzpolizei, die auf einem Straßengange den Tischarien passierten. In der Brückenallee, nahe dem Großen Weg, fanden sie im Gebüsch ein in blaues Packpapier gehülltes und verschmürtes Paket. Nach Öffnung desselben fand man in demselben ein Stübchen Fleisch, das allem Anschein nach von einem menschlichen Arm herrührt. Der Fund wurde der Kriminalpolizei übergeben.

Gasvergiftungen infolge Unachtsamkeit. Der 72jährige Schneidermeister Wilhelm Goppert und seine 38 Jahre alte Ehefrau Emma wurden gestern in ihrer Wohnung, Bernauer Straße 71, brennungslos aufgefunden. Der Mann war bereits tot, während die Frau ins Leben zurückgerufen werden konnte. Sie wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus geschafft. Die Unachtsamkeiten hatten veranlaßt, den Hahn der Gaslampe zu schließen. — Der 52 Jahre alte Kaufmann Alfred Hünerkamp kam heimlich spät nach seiner Junggesellenwohnung im Hause Neue Ansbacher Straße 7 zurück. Als heute morgen seine Hausfrau die Wohnung betrat, verspürte sie intensiven Gasgeruch und fand H. tot auf. Er hatte vergessen, den Hahn der Gaslampe zu schließen.

Verwaltungsbescheid 13. Die Mitglieder der Kommission Kronwägenmeister Otto Lorenz mit dem Bezirksratsmitglied am Sonntag, 6 Uhr, im Parkhaus Kottbus, Zimmer 17.

Aus den Organisationen

- 6. Bezirk. Gesamtdarstellung der Arbeit, Vorträge. 2. Wie Funktionäre müssen erscheinen. Am Montag, den 10. Januar, Bezirksversammlung im Casino, Großschloßer Str. 20. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Leib über „Unsere Aufgaben bei der Landtagswahl“.
7. Bezirk. Arbeiterliste und traktat Vorarbeiten, die Vorarbeit auf teilweise Befreiung der „Freiheit“ erheben, haben bis zum 6. Januar, vormittags, mit ihrem Vorkurs beim Genossen Schäfer, Großschloßer Str. 20, zu machen.
8. Bezirk. 1. Abhaltung. Am Donnerstag, 7. Uhr, in der Neumann, Sommerstr. 11, eine Abteilungsversammlung hat. Pflicht eines jeden Genossen ist es persönlich zu erscheinen.
14. Bezirk. 1. Abhaltung. Freitag, 7. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Lamber, Schloßstr. 10. 2. Abhaltung. Freitag, 7. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Lamber, Schloßstr. 10.
15. Bezirk. 1. Abhaltung. Freitag, 7. Januar, abends 7 Uhr, Junfermannstr. 10. 2. Abhaltung. Freitag, 7. Januar, abends 7 Uhr, Junfermannstr. 10.
16. Bezirk. Die Genossen treffen sich Sonntag vormittags in ihren Jahreshauptversammlungen zur Flugblätterverteilung. 1. Abhaltung. Abteilungsversammlung Donnerstag, abends 7 Uhr, bei Krüger, Wollweberstr. 2. 2. Abhaltung bei Lefmann, Gertrudenstr. 17, Freitag, 7. Uhr. 3. Abhaltung bei Kottbus, Wergsbühlstraße Ecke Wilmersbühne, Freitag, 7. Uhr.
17. Bezirk. Generalversammlung des Bezirks am Freitag, den 7. Januar, abends 6 1/2 Uhr, in der Schulstraße der Schule Wilmersbühl. 47-48. Erscheinen aller Genossen und Genossinnen dringend notwendig. Stellungnahme zur Landtagswahl. Aufstellung von Kandidaten.
18. Bezirk. Freitag abends 7 Uhr, Bezirks-Generalversammlung in der Schulstraße, Junfermannstr. 10. Tagesordnung: Die Landtagswahlen. Ref.: Genosse Carl Leib.
Sprechst. Freitag abends 7 Uhr, Abteilungsstelle in der Kula des Sophien-Krankenhaus, Steinstraße.
Zentralrat. Freitag, 7. Januar, 7. Januar, abends 7 Uhr, in der Kula des Verbandsamtes durch Genossen Schreiber in der Kula der Anabenerstraße, Sonntag, 13. Abteilungen werden dort und beim Genossen Schreiber, Wollweberstr. 64, entgegenkommen.

Vereinskalender

- Zentralrat der Unabhängigen. Freitag, 7. Januar, abends 7 Uhr, im Casino des Hof, Wollweberstr. 20. — Freitag, 7. Januar, abends 7 Uhr, im Casino des Hof, Wollweberstr. 20. — Freitag, 7. Januar, abends 7 Uhr, im Casino des Hof, Wollweberstr. 20.
Kreuzer-Samariterbund. Abteilungen Wilmersbühl und Wedding. Freitag, 7. Januar, abends 7 Uhr, in der Kula des Verbandsamtes durch Genossen Schreiber in der Kula der Anabenerstraße, Sonntag, 13. Abteilungen werden dort und beim Genossen Schreiber, Wollweberstr. 64, entgegenkommen.
Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kabsch, Berlin. Verantwortlich für den Inhalt: Pauline Kabsch, Berlin. Verlagsdirektor: Pauline Kabsch, Berlin. Druck: Pauline Kabsch, Berlin. Preis: 5 Pf. pro Stück. Einzelhefte: 5 Pf. pro Stück.

Ismer

Erzählung von Julius Besin

Ismer hebt mit dem Aufgebote aller Kraft den Kopf, er will hören; ihm selbst unbegreiflicherweise. Er ist so elend, daß er sich sterbend fühlt, aber er will noch hören. Er fühlt sich dem Lebenden überlegen. Er will ihm helfen, wenn es geht.

Ismer ruft hinüber: „Was hast du?“

Statt aller Antwort kam ein neues Heulen.

„Mensch, warte! Ich frische ran!“ sagt Ismer. Und er wartet, was der Wimmerer dazu sagen wird. Er sagt aber gar nichts und wimmert weiter.

„Donnerwetter!“ denkt Ismer und gibt sich einen Ruck, der ihn vor Schmerzen beinahe zurückfallen läßt. „So geht es nicht!“ denkt Ismer. „Sachte, Sachte! Sachte vorwärts!“ Und er zieht sich lang. Das tut weniger weh.

Er kriecht langsam an bis zu einem toten Franzosen, dessen Kopf zur Seite gerückt ist. Hinter dem liegt ein schwerer Deutscher. An dem hebt sich Ismer über den Franzosen.

„Sachte, Sachte!“

Es geht jetzt besser als anfangs, jedenfalls besser, als Ismer es erwartet hätte. Wenn er es noch einmal solange aushält, wie er es schon ausgehalten hatte, so konnte er dem Kameraden helfen.

„Sachte, Sachte!“

Der Schmerz machte einen neuen Versuch durchzuführen. „Immer feste gegen!“ dachte Ismer, „aber immer sachte!“ Seine Linke fing an sich zu vergewissern, ob die Feldflasche noch da war. Ja, sie war da. Der Grattspalt hatte ihn zwar den rechten Arm angeschmettert und die linke Weiche zerrissen, aber die Feldflasche hatte er ihm gelassen.

Wenn es noch für einen Stoß ausreichte, dann war Ismer beim Kameraden. „He Hupp!“ hieß es damals, als man noch das Holz schob. Damit mußte man auch hier vorwärts kommen. „He Hupp!“ sagte Ismer zu sich. Und wenn er auch beim „Hupp“ den Geist aufgeben zu müssen glaubte, so ließ er doch die Zähne zusammen und dachte: „Entweder? — Oder wir freieren beide.“

„Hier!“ sagte ersterbend der Soldat und zeigte mit der rechten Hand auf etwas, das unter Blut unkenntlich geworden war.

Eine Leuchtugel kam von der Höhe herunter. Ismer konnte sehen wie am Tage. Er erkannte die Stelle wo der Mund lag, und hob den ganzen Kopf des Mannes gegen sich.

„Weißt du, so liegen!“ sagte Ismer. „Ich habe bloß eine Hand frei. . . Stehst du mich?“

„Nein!“ erwiderte der andere und stöhnte entsehrlich. „Meine Augen sind weg.“

„Warte! Sachte! Bleib so!“ sagte Ismer, den der Schmerz aufs neue durchdrückte. „Es wird gehen!“

Es gelang Ismer wirklich, die Feldflasche in die Richtung zu bringen, daß sie sich an den Mund des armen Kameraden legte. Er hob sie an, und der Besammernswerte ließ sich etwas auf die Junge tröpfeln.

„Ach Gott, ach Gott!“ sagte der Verwundete, indem er zurückfiel, so daß sich die unterwundene Seite seines Kopfes Ismer mehr zuwandte. Ismer versuchte, die Zähne des offenbar Versterbenden sich einzuprägen. Vielleicht sollte er später beim Feldwebel über ihn Auskunft geben, wenn man ihn tot schreiben mußte, und die Sanitäter, die des Feuers wegen noch nicht herankommen, keine Zeit fanden, ihn aufzunehmen und sich bloß um die Lebenden kümmerten. Möglich glaubte Ismer eine Schlange nach ihm.

Das war ja der Frihe.

Ismer fühlte sich erzittern.

Einen Augenblick kämpfte er mit sich, ob er nicht die Feldflasche zurückziehen sollte. Aber das war wirklich nur ein Augenblick. Es gab sich nur in einem ganz kurzen Abweichen der Hand kund.

Schon hatte er die Beherrschung über sich erlangt. Und er hielt mit seiner vor Schwäche ersterbenden Linken die Feldflasche so lange möglichst in der Höhe, in der es dem Frihen möglich war zu trinken.

„Ist dir besser?“

„Nein!“ antwortete leise wimmernd der Frihe. „Nein. . . nein. . .“ wiederholte er noch mehrere Male, wie jemand, der ein gewisses Wort aussprechen muß, ohne recht zu wissen wozu und warum, bloß weil es ihm nicht möglich ist, stillzuschweigen. „Nein, nein, nein.“ kam es aufs neue von des Frihen Lippen, die schon zu erstarren anfingen.

Ismer, den seine eigene Wunde zu schmerzen begann, hatte doppelten Anlaß zu schweigen. Seine Augen stachen wie

Senfbleie in die Masse, die als verwundeter Frihe vor ihm lag, und sie tauchten tiefer und tiefer, ohne auf Grund zu stoßen. Hätte der Frihe nur etwas gesagt, einen Laut von sich gegeben, der sich deuten ließ! Erkannte der Frihe ihn nicht oder wollte er konnte er ihn nicht mehr erkennen, ihn, den Mann der Emisse, die jetzt da wo zu Hause im Bett lag, schlief oder wachte in Gedanken an einen von ihnen beiden, was ja aber gar nicht ging, weil sie doch immer an beide zugleich denken mußte? Ismers Vorstellungen verhalpelteten sich in seinem Hirne. Die Wut schoß ihm die Sehnerden entlang und ließ seine Augäpfel anquellen. Selbst den halbzerstörten Arm fühlte er zur Hebung willig.

Da lag neben ihm der Mann, der ihm das Leben vergällt hatte, verwundet und elend. Und verwundet und elend war er selbst, und sein Leben verbittert. Ismer festete mit dem Frihen ein verschwiegene Verhör an, dessen Schlußfolgerung er ihm ins Gesicht schleudern mußte.

„Du hast den Baneelbreit!“ fuhr es plötzlich Ismer heraus.

Der Frihe versuchte den Kopf zu heben und das eine Auge, das ihm noch geblieben war, öffnete sich. Es war schon flüchtig verglöst.

Wie ein gefrorener Hornlaut kam etwas von den Lippen des Frihen. Ismer sah auf sie voller Angst und Wut.

Statt aller Zusätze, die Ismer immer noch erwartete, kam ein Köheln herangeflattert, wie ein Vogel, dem das Blei durch die Schwingen gegangen ist.

„Redst du nu, du Was, oder nicht?“ fauchte Ismer.

Der Frihe aber schwieg, und sein halbzerstörter Kopf fiel vornüber. Zwei, drei Seufzer machten sich aus ihm auf und davon, wie wenn sie fürsteten, durch den nahen Tod vom Ausgange abgetrennt zu werden. Der Frihe zuckte zusammen, und dann lag er da wie aus roligem Geheiß.

Neben ihm sank Ismer hin, und das Krachen einer nahe einschlagenden verirrten Granate war das Letzte, was seine Sinne erfingten. Sein letzter Gedanke war: Nir ist alles egal.

Ahndvierzig Stunden lag er ohne Bestimmung.

Er erwachte, als ein Sanitäter ihn rüttelte und fragte, ob er wisse, wo er wäre. Beim Umschlagen fiel sein Auge auf die Stelle, wo der Frihe gelegen hatte. Die war leer.

Ismer wollte etwas fragen, aber er fiel in neue Ohnmacht. (Fortsetzung folgt.)



# INVENTUR-VERKAUF

# Restbestände und Gelegenheitsposten kommen in fast allen Abteilungen ganz enorm billig zum Verkauf

- Ein Posten Gemüsemesser ..... Stück 95<sup>00</sup>
- Ein Posten verzinnnte Esslöffel ..... Stück 95<sup>00</sup>
- Ein Posten Tischmesser..Gabeln ..... 9<sup>75</sup> 12<sup>50</sup>
- Ein Posten Emaille-Kasserollen ..... 3<sup>50</sup> 4<sup>25</sup> 5<sup>00</sup>
- Ein Posten Emaille-Schmortöpfe ..... 5<sup>50</sup> 6<sup>50</sup> 9<sup>50</sup>
- Ein Posten Emaille-Ringtöpfe für die Wäsche ..... 24<sup>50</sup> 26<sup>50</sup> 29<sup>50</sup>
- Ein Posten Brotbüchsen ..... Stück 35<sup>00</sup>
- Ein Posten Einkochapparate ..... Stück 35<sup>00</sup>
- Ein Posten Gaskocher 2 Flammen ..... Stück 49<sup>50</sup>
- Ein Restposten elektrische Schnellkocher mit Schnur und Stecker ..... 35<sup>00</sup> 40<sup>00</sup>

## 3 Waggons Emaille mit kleinen Fehlern, darunter: Schmortöpfe, Kasserollen, Bratpfannen usw. enorm billig

Restbestände vernick. und versilb. Waren  
darunter: Kaffeemaschine, Toasmaschinen, Wasserkühler, Bowlen, Butterdosen, Schalen, Toegläser usw., zu bedeutend ermäßigten Preisen

Eine grosse Anzahl Beleuchtungsgegenstände  
darunter: Speisezimmer- und Herrenzimmer-Kronen, Schlafzimmerleuchten, Ampeln für Gas und elektrisch Licht, ganz bedeutend herabgesetzt

Ein Posten Alumin.-Schmortöpfe 155<sup>00</sup>  
mit Deckel, 16 bis 24 cm ..... Satz - 5 Stück

- Ein Posten Gasschnellheizer ..... Stück 95<sup>00</sup>
- Ein Posten Ofenvorsetzer ..... Stück 4<sup>75</sup>
- Ein Posten Scheuerbürsten st. 90<sup>00</sup> 2<sup>25</sup> 4<sup>50</sup>
- Ein Posten Schrubber ..... Stück 95<sup>00</sup> 4<sup>50</sup> 7<sup>50</sup>
- Ein Posten Rosshaarbesen ..... Stück 16<sup>50</sup>
- Ein Posten Spülbürstenbleche komplett mit Bürsten, St. 12<sup>50</sup>
- Ein Restposten Emaille-Toiletteimer st. 24<sup>50</sup> 26<sup>50</sup> 28<sup>50</sup>
- Ein Posten Wäscheleinen 30 m 40 m 50 m 60 m 7<sup>25</sup> 9<sup>75</sup> 12<sup>00</sup> 14<sup>50</sup>
- Ein Posten elektrische Platten für den Haushalt, 1 Jahr Garantie, mit Schnur und Stecker ..... 95<sup>00</sup>
- Ein Posten Volksbadewannen ..... Stück 14<sup>50</sup>

Reste und Abschnitte zu sehr vorteilhaften Preisen

# HERMANN TIETZ

Bekleidungsstelle der Stadt Neukölln  
Geöffnet 8-6 Uhr Verkauf an Jedermann Bergstraße 29

Strossenbahn-Verbindung: 7, 15, 47, 48, 22, 46, 94, P. C. I  
Stadtbahn-Verbindung: Ringbahnhof Neukölln

# Inventur-Ausverkauf

in allen Abteilungen ab: 3. Januar 1921  
Selten günstige Kaufgelegenheit!

Schuh-Reparaturen werden schnellstens und allerbilligst ausgeführt.  
Nur bestes Kernleder gelangt zur Verarbeitung.

## Wer die Wahrheit über Rußland erfahren will

lese das Buch von  
Professor Dr. Carl Ballod:  
**Gowjet-Rußland**  
Preis 5.- Mark / Gebunden 7.- Mark

Buchhandlung „Freiheit“ Berlin C2, Breite Str. 8-9

**Altmetalle - Abfälle**  
Kupfer, Rotguß, Messing, Blei, Zink  
und deren Späne usw. usw., laufend jeden Hofen zu kaufen gesucht; Schonung und Danksagung erbeten.  
**Wiemer, Metallengros**  
Charlottenburg, Schillingstraße 11.  
Telefon: Amt Wilhelm 2224.

**Alte Gebisse**  
mit einzeln Zähne Stück 6-200 Mark.  
Kupfer, Messing, Blei und Zink  
Platin, Gold u. Silberbruch u. Durchschliffen zu Tagespreisen  
**Scharf & Schmidt, Eisener Str. 78 Ecke Uckerstr.**

**Achtung!**  
Für Gastwirte und Wiederverkäufer  
Zigaretten aus reinem oriental. hell. Tabak, beste Qualität, in 10 Packungen, besonders preiswert  
Sport m. Mark. des Mils 310.-, Kleinpack. Fr. 0.50 M.  
Cleopatra m. M. 310.-, „ „ „ 0.50 „  
Extra m. M. u. M. 280.-, „ „ „ 0.40 „  
Sphinx 275.-, „ „ „ 0.40 „  
Mein Liebling m. M., m. Gold, 270.-, „ „ „ 0.40 „  
Rekord m. M., m. Mark, rotepack. des Mils 250.-, „ „ „ 0.50 „  
Verkauf postfrei, von 10000 an das Mils 10.- M. billiger  
**Orient. Zigarettenfabrik „Remedur“**  
Berlin N, Chausseestraße 54

Metall-Verhandlung  
kauft jeden Hofen  
Altmetalle und Eisen  
Zinn u. Lagermetall  
von Händl. u. Handwerkern  
Gericht & Holz  
Verkehrsstr. 13/14 Bpl. 12523  
ankaufsstelle  
**Metall-Osten**  
Grüner Weg 90  
jährt Tagespreise für  
Kupfer, Messing,  
Blei Zink usw.  
Blumenstr. 58  
(Hof) Nähe Kraussstraße  
für sämtl. Altmetalle  
höchste Schmelzpreise  
Quecksilber, Zinn  
kauft New Hochstraße 38.  
Telephon: Humboldt 2779.

**IN RUSSISCHER SPRACHE**  
erschienen (oder):  
**J. S. Turgenew, Werke. Neun Bände**  
Bd. 1. Väter und Söhne. Am Vorabend. Romane (497 Seiten)  
- 2. Funf. Das Weltschmerz. Romane (474 S.)  
- 3. Stenand. Rubin. Romane (571 Seiten)  
- 4. Memoiren eines Jägers. (515 Seiten)  
- 5. Andrei Kolosow. Novellen und Erzählungen (576 Seiten) - Inhalt: Andrei Kolosow / Der Kaufmann / Drei Porträts / Der Jude / Petruschka / Das Tagebuch eines Ueberflüssigen / Drei Begegnungen / Wahnwitz / Zwei Freunde / Ein Weisheitswort / Jakob Wassilow  
Bd. 6. Im stillen Winkel. Novellen und Erzählungen (576 Seiten) - Inhalt: Im stillen Winkel / Die Hebräer / Nacht / Eine Fahrt nach Polische Wisse / Erste Liebe / Gelehrter / Genug / Der Hund / Dornant Jerganows Geschichte / Der Freigeier  
Bd. 7. Frühlingsswogen. Novellen und Erzählungen (581 Seiten) - Inhalt: Frühlingsswogen / Die Unglückliche / Eine seltsame Geschichte / Ein König vor der Sturpe / Tod, nach, nach die Uhr / Der Traum  
Bd. 8. Yunis und Daburin. Erzählungen und Gedichte (563 Seiten) - Inhalt: Yunis und Daburin / Die Erzählung des Vaters Kirge / Die Forträte / Der Besessene / Das Bild von der triumphierenden Liebe / Klara Witsch / Die Nacht / Feuer auf See / Gedichte in Prosa / Epem und Gedichte  
Bd. 9. Genen und Romandien. (617 Seiten)  
Inhalt: Alle dramatischen Dichtungen  
**A. P. Tschechow, Werke. Sieben Bände**  
Bd. 1. Die Ueberflüssigen. Skizzen und Erzählungen (1882-1886) (584 Seiten)  
- 2. Mitzgabeln. Skizzen und Erzählungen (1886-1887) (579 Seiten)  
- 3. Die Sturpe. Erzählungen und Novellen (1887-1888) (603 Seiten)  
- 4. Das Duck. Erzählungen und Novellen (1888-1892) (604 Seiten)  
Bd. 5. Der schwarze Misch. Erzählungen und Novellen (1892-1895) (607 Seiten)  
- 6. Die Bauern. Erzählungen und Novellen (1895-1903) (585 Seiten)  
- 7. Dramen und Romandien. (634 Seiten) - Inhalt: Alle dramatischen Dichtungen.  
Preis pro Band: Broschiert M. 20.- / In Halbleinen M. 25.-  
In beziehen durch die **Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C2, Breite Str. 8-9**

**Selbst-Hilfe**  
Der kleine Samariter  
dient zur Selbsthilfe bei leichten Krankheiten und gibt Beschäftigungsmöglichkeit bis zur Befreiung des Kranten bei schweren Krankheiten  
Mit Anhang:  
Anleitung zur Errichtung einer Hausapotheke  
Preis 1,50 Mtk.  
Behörden  
Schulen  
Krankenkassen  
Fabriken  
Organisationen  
begg. bereits große Partien  
Bestellen Sie sofort bei der  
**Buchhandlung „Freiheit“**  
Berlin C2, Breite Str. 8-9

Schuhe

# Nur 1 mal

findet der große

## Inventur-Ausverkauf

!!! Beräume niemand diese günstige Gelegenheit !!!  
Verkaufe solange Vorrat!

1 Posten warme Schnallenstiefel mit Ueberkappen und Lederföhlen Größe 22-26, früher 18.85, jetzt	13.95
1 Posten la Militärind-Schnallenstiefel mit Ueberkappen, la Höhe und la Lederföhlen, Größe 27-30, früher 28.00, jetzt	14.85
1 Posten la Kamelhaar-Schnallenstiefel, Damen, früher 40.00, jetzt	21.85
1 Posten la farbige Kinderstiefel, Lederföhlen, Größe 18-24, früher 35.85, jetzt	25.85
1 Posten la Vorkass- u. N. Vorkass-Schnurhütel, Größe 27-30, früher 75.00, jetzt	31.85
1 Posten la Vorkass-Herrenstiefel, Größe 31-35, früher 80.00, jetzt	17.00
1 Posten la Vork. u. Kindl-Burischenstiefel, Größe 31-35, früher 125.00, jetzt	59.85
1 Posten la Vorkass- und Chevreau-Damen, Gochschuhstiefel, m. ohne Ueberkappe, früh. 145.00, jetzt	65.85
1 Posten la Vorkass-Herrenstiefel, früh. 175.00, jetzt	94.85
1 Posten la braune Vorkass-Herrenstiefel, früh. 250.00, jetzt	126.85
1 Posten Filzputzantinen, früher 10.50, jetzt	198.50
1 Posten Pantoffel, jetzt	8.00
1 Posten Pantoffel, jetzt	1.95

Auf alle übrigen Kräfte, die im Preise nicht reduziert sind, werden trotz der billigen Preise während des Ausverkaufs 10% Rabatt vergütet

# Roter Schuhmacher

nur Naunynstr. 62, Berlin SO, Nähe Rottbuser Tor  
Strossenbahn: 1, 2, 3, 5, 11, 18, 28, 32, 45, 48, 49, 63, 94, R. P.

Schuhe